RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3017
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

15. **Dezember 2022**

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 2. Dezember 2022

TOP 3. a BASF: Verschlechterte Rahmenbedingungen, Stellenabbau und Verlagerungspläne - Auswirkungen auf Zulieferer und Fremdbetriebe sowie auf Wirtschaft und Steuererträge in Rheinland-Pfalz
Antrag des Abgeordneten Joa (fraktionslos) nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/2793

TOP 3. b Stellungnahme der Landesregierung zum Stellenabbau beim BASF-Standort Ludwigshafen sowie die daraus resultierenden Folgen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft allgemein
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/2735

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 2. Dezember 2022 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkten den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 2. Dezember 2022

TOP 3 a) BASF: Verschlechterte Rahmenbedingungen, Stellenabbau und Verlagerungspläne - Auswirkungen auf Zulieferer und Fremdbetriebe sowie auf Wirtschaft und Steuererträge in Rheinland-Pfalz

Antrag des Abgeordneten Joa (fraktionslos) nach § 76 Abs. 2 GOLT

Vorlage 18/2793 -

und

TOP 3 b) Stellungnahme der Landesregierung zum Stellenabbau beim BASF-Standort Ludwigshafen sowie die daraus resultierenden Folgen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft allgemein

Antrag der Fraktion AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/2735

Anrede,

die BASF SE hat am 12. Oktober 2022 ihre vorläufigen Zahlen für das 3. Quartal 2022 vorgelegt. Hierbei hat das Unternehmen erklärt:

„Vor dem Hintergrund der deutlichen Ergebnisabschwächung in Europa – vor allem in Deutschland, wo das Ergebnis im 3. Quartal 2022 negativ war – sowie der sich verschlechternden Rahmenbedingungen in der Region hat BASF ein Kosteneinsparprogramm mit Fokus auf Europa und insbesondere Deutschland beschlossen, das von 2023 bis 2024 umgesetzt wird. Kurzfristig mögliche Kosteneinsparungen erfolgen sofort."

Zur fachlichen Einordnung der Meldung möchte ich darauf hinweisen, dass die BASF SE, wenn diese - als global agierendes Unternehmen - von „Regionen" spricht, die kontinentalen Märkte Europa, Nord-Amerika, Asien-Pazifik sowie Südamerika, Afrika, Naher Osten meint. Die Verwendung des Begriffs „Region" bezieht sich daher im Sinne der Meldung der BASF nicht auf das unmittelbare Umfeld des Standorts Ludwigshafen.

Die „Spitzenrunde Energiesicherheit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft“ stellt eine vertrauliche Dialogplattform der Landesregierung mit den führenden Verbänden und Kammern der rheinland-pfälzischen Wirtschaft dar. Die Plattform wird zum gegenseitigen Informationsaustausch im Kontext der energiepolitischen Diskussionen in Bund und Ländern sowie den hieraus resultierenden Fragen im Kontext der Unternehmensfinanzierung genutzt. Die Gespräche finden vertraulich statt.

Dies vorangestellt, möchte ich die Fragen wie folgt beantworten:

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen in der hier in Rede stehenden „Region Europa“ werden durch die Rahmensetzungen des Green Deals, der Pariser Klimaziele sowie durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine politisch bestimmt. Die „Spitzenrunde Energiesicherheit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft“ hat zu diesen Rahmenbedingungen auf der europäischen Ebene keine weiterführenden spezifischen Kenntnisse als die entsprechenden öffentlich bekannten Rechtsetzungen und Bekanntmachungen.

Die europäischen Rahmenbedingungen des Energie- und Gasmarktes liegen darüber hinaus nicht – wie bereits Eingangs dargestellt – im inhaltlichen Fokus der Spitzenrunde oder im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung.

Im Austausch mit der Wirtschaft in der Spitzenrunde geht es vielmehr um die Konkretisierung und die Reichweite von möglichen Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund und die Länder im Kontext des europarechtlichen Rahmens. Unser Ziel ist es, die rheinland-pfälzischen Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze gemeinsam so gut wie irgend möglich durch die aktuelle Krise zu bringen.

Anrede,

im zweiten Quartal konnte die BASF SE, ausweislich deren Quartalspressekonferenz vom 11. Juli 2022, einen zum Vorjahr überdurchschnittlichen Gewinn verzeichnen. Die Zahlen der BASF SE für das dritte Quartal konnten hieran leider nicht anknüpfen. Das wirtschaftliche Ergebnis der BASF SE für das Jahr 2022 wird letztlich im Rahmen der Vorstellung des Jahresergebnisses in 2023 vorgestellt.

Ganz grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Landesregierung auf Grund des Steuergeheimnisses keine personen- oder unternehmens-bezogenen Auskünfte hinsichtlich der jeweiligen Steuerpflicht erteilt; weder unmittelbar noch mittelbar.

Anrede,

im Hinblick auf die angestrebten Einsparpläne hat die BASF SE ihr Einsparziel in ihrer Erklärung dahingehen konkretisiert, dass „das Programm … nach Abschluss jährliche Kosteneinsparungen außerhalb der Produktion von 500 Millionen € erbringen [soll, RS]. Mehr als die Hälfte der Kosteneinsparungen sollen am Standort Ludwigshafen realisiert werden. Sowohl Unternehmens-, Service- und Forschungsbereiche als auch das Corporate Center sollen gestrafft werden … Die Arbeitnehmervertretungen werden hinsichtlich der verschiedenen Maßnahmen in den relevanten Gremien eingebunden."

Der Ankündigung des Unternehmens ist zu entnehmen, dass die Einsparungen außerhalb der Produktion erfolgen sollen, so dass personalrelevante Maßnahmen grundsätzlich wahrscheinlich eher in den außertariflichen Bereichen erfolgen werden.

Wie angekündigt wird das Unternehmen seine Vorstellungen zuerst im Rahmen der Mitbestimmung mit den Beschäftigten erörtern.

Bisher erfolgten betriebliche Anpassungen am Standort stets sozialverträglich und im Kontext einer Betriebsvereinbarung. Gemäß der aktuellen Standortvereinbarung sind betriebsbedingte Kündigungen am Standort bis zum Laufzeitende in 2025 ausgeschlossen.

Anrede,

explizite Informationen der BASF bzgl. einer preisbedingten und Produkt-spezifischen Reduktion der Produktion liegen der Landesregierung nicht vor.

Die Folgeprodukte, welche auf Ammoniak-Basis hergestellt werden, sind sehr zahlreich. Hier sind beispielhaft vor allem Harnstoff, Düngemittel, Sprengstoffe, Reinigungsmittel, Nylon, eine Vielzahl von Grundchemikalien, Kunststoffe für die Textilindustrie, Vorprodukte für Stahlindustrie, die Rauchgasreinigung, die Kältetechnik und die Papierherstellung zu nennen.

Kann die Nachfrage nach entsprechenden Stoffen auf Grund der Energiepreissituation in Europa nicht durch europäische Hersteller gedeckt werden, so kommen Hersteller aus anderen Märkten wie zum Beispiel den USA, Asien oder auch Afrika oder der Vordere Orient zum Zuge. Letztlich führt dies aber zu höheren Marktpreisen, welche allerdings immer noch unter dem potenziellen innereuropäischen Marktpreisniveau liegen.

Eine Abbildung alleine nur der Endprodukte, welche auf Ammoniak-Basis hergestellt werden oder bei denen Ammoniak im Herstellungsprozess eine relevante Funktion hat, ist auf Grund der extrem großen Zahl nicht möglich.

Eine Zuordnung auf Unternehmen in Rheinland-Pfalz und die dortigen Auswirkungen ist daher ebenfalls nicht möglich.

Bei diesem Beispiel wird deutlich wie relevant und zugleich verflochten die chemische Industrie mit der industriellen globalen Produktion ist.